



Presseinformation

Nr. 481/2011

Kiel, Freitag, 23. September 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

CCS / Bundesrat

Wolfgang Kubicki: Beweis erneut erbracht – SPD schadet Schleswig-Holstein massiv!

Zur heutigen Abstimmung im Bundesrat über das CCS-Gesetz erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Einmal mehr ist der Beweis erbracht: Die Sozialdemokraten schaden den Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein massiv. SPD-Bundesvorsitzender Gabriel und Bundestagsfraktionsvorsitzender Steinmeier haben sich in der jüngsten Vergangenheit wiederholt gegen die von uns ins CCS-Gesetz hineinverhandelte Länderklausel positioniert. Die nun von Seiten der SPD erfolgte Blockade des Gesetzes bedeutet: Entweder der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner, hat keinerlei Einfluss auf die Spitze seiner Partei oder er wollte seine Genossen nicht vom CCS-Kurs abbringen. In beiden Fällen wissen die Menschen in unserem Land, wem sie die neue Unsicherheit zu verdanken haben.“

Auch dass die Nord-SPD in der Vergangenheit die Wirksamkeit der Länderklausel in Frage gestellt habe, sei reines parteipolitisches Taktieren auf dem Rücken Schleswig-Holsteins gewesen, so Kubicki. „Die Herren Steinmeier und Gabriel wussten es besser, deswegen haben sie das Gesetz verhindert! Ihnen geht es um die Kohle-Jobs in Nordrhein-Westfalen, nicht um die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein!“ Mit dem CCS-Gesetz und der enthaltenen Länderklausel hätte die unterirdische CO₂-Lagerung in Schleswig-Holstein verhindert werden können, sagte Kubicki weiter. „Nun haben wir erneut eine Situation der Unsicherheit.“ CCS werde im Zweifelsfall ein Thema für die nächste Bundesregierung werden, hatte Steinmeier vor einer Woche der ‚Märkischen Oderzeitung‘ angekündigt. „Die Menschen in Schleswig-Holstein sollten diese Drohung der SPD ernst nehmen! Ob sie Stegner & Co. in ihrem CCS-Kurs unterstützen wollen, können die Schleswig-Holsteiner aber bereits im Mai kommenden Jahres entscheiden“, so Wolfgang Kubicki abschließend.

www.fdp-sh.de